



## **Mehr als ein Wahlprogramm**

**Das Klima nimmt keine Rücksicht auf  
Schönecker Trägheit**

Kommunalwahl in Schöneck am 14. März 2021

Liebe Leserinnen und Leser,

Wahlkämpfe sind die Zeit der großen Pläne. In den Programmen schreiben die Parteien und Wählergemeinschaften auf, was sie sich für die nächste Wahlperiode alles vornehmen. Häufig sieht die Realität am Ende anders aus. Schauen wir doch deshalb auch, welche Initiativen wir Grüne in den letzten fünf Jahren gestartet hatten, welche erfolgreich waren, welche nicht und woran oder an wem sie gescheitert sind.

Eine generelle Beobachtung beim Blick auf die letzten fünf Jahre: Nahezu alle Initiativen zu Klima- und Umweltschutz kamen von uns Grünen und fanden sogar manchmal Zustimmung – wenn auch häufig mit Verzögerung. Aber - das muss ganz deutlich gesagt werden - insbesondere mit CDU und FDP war in der abgelaufenen Wahlperiode kein Klimaschutz zu machen.

Eine zweite Beobachtung, zur Vielfalt und politischen Beteiligung in Schöneck: 2011 war die Freie Wählergemeinschaft (FWG) ins Parlament eingezogen, weil sich deren Vertreter\*innen von keiner Partei hinreichend vertreten fühlten. 2016 war zusätzlich die Wahlalternative Schöneck (WAS) ins Parlament eingezogen, weil sich deren Vertreter\*innen weder von einer Partei noch von der FWG hinreichend vertreten fühlten, obwohl das Kernthema der WAS – die Verhinderung des Schlossverkaufs – ähnlich bereits von FDP und FWG vertreten wurde. Seit 2016 wurde von der FWG eine Initiative „Zukunftsplanung“ vorangetrieben, bei der nun auch weitere Bürger\*innen beteiligt werden sollen. In den Themenpaketen der drei zu bildenden Arbeitsgruppen kommt DAS Überlebenssthema unserer Zeit - der Klimaschutz - aber nicht vor: Das Wort sucht man dort vergebens.

Unsere Position: Bezüglich der substanziellen Inhalte muss das Rad neu erfunden werden, nicht bei den Beteiligungsprozessen. Denn die Kommunalpolitik ist gewiss nicht perfekt, wir kennen aber kein besseres System der Bürger\*innenbeteiligung - die demokratische Kultur in Schöneck funktioniert. Für die Themen, die Ihnen auf dem Herzen liegen, finden Sie in den Fraktionen offene Ohren, die Fraktionen freuen sich auch über weitere Mitwirkende. Werden Sie aktiv. Oder sprechen Sie zwischen den Wahlen die Vertreter\*innen an: in den offenen Fraktionssitzungen, in den Ausschusssitzungen, in den Sitzungen der Ortsbeiräte, in denen auch Nicht-Parlamentarier mitdiskutieren können.

Unsere Bitte: Gehen Sie zur Wahl, wählen Sie Klimaschutz, stärken Sie der Grünen Idee den Rücken. Unsere Wettbewerber\*innen haben die Dringlichkeit nicht erkannt!

Ihre Kandidatinnen und Kandidaten von

Bündnis 90 / Die Grünen Schöneck

*Gegliedert nach Politikbereichen finden Sie im nachfolgenden Text Beispiele unserer Initiativen der letzten fünf Jahre. In den Kästen finden Sie unsere Schwerpunkte für die nächsten fünf Jahre. Die in den Fußnoten genannten Quellen finden Sie hier: [https://gruene-schoeneck.de/userspace/HE/ov\\_schoeneck/Dokumente/Kommunalwahl-2021/Wahlprogramm-2021-bis-2026-Quellen.pdf](https://gruene-schoeneck.de/userspace/HE/ov_schoeneck/Dokumente/Kommunalwahl-2021/Wahlprogramm-2021-bis-2026-Quellen.pdf)*

## I. Klimaschutz

Nach wie vor ist die Gemeinde im Blindflug unterwegs und hat keine Übersicht über die Entwicklung ihrer CO<sub>2</sub>-Emissionen. Dabei hatte Schöneck bereits im Jahr 2012 (!) ein Klimaschutzkonzept verabschiedet. Die Umsetzung von Maßnahmen erfolgt aber nur schleppend. Unsere Forderung nach einer Klimaschutzmanager\*in, die sich hauptamtlich um die Abarbeitung der konzipierten Maßnahmen kümmert, hatte keinen Erfolg.

Im Juni 2019 forderten wir angesichts des x-ten Hitzerekords und dem Beispiel vieler anderer Kommunen folgend, auch in Schöneck den Klimanotstand auszurufen, um die Erderwärmung endlich als das zu behandeln, was sie ist: Eine Überlebenskrise! Wesentlicher Punkt unseres Vorschlags war, dass Antragsteller zu jedem Antrag an die Gemeindevertretung eine Selbsteinschätzung zu den Auswirkungen auf den Klimaschutz treffen müssen. Ein Jahr später kam es zur Abstimmung und fand dann erfreulicherweise eine Mehrheit. Der zentrale Punkt allerdings gegen die Stimmen von CDU und FDP<sup>1</sup>.

### **Unsere Forderungen für die neue Wahlperiode:**

- Von der Pandemie lernen: Krisenmanagement gegen die Erderwärmung
- Klimaschutzkonzept aktualisieren
- Klimaschutzmanager\*in einstellen
- Monitoring etablieren

Aus dem Klimaschutzkonzept wissen wir: Die wesentlichen Stellschrauben für die Verminderung von CO<sub>2</sub>-Emissionen in Schöneck liegen in den Handlungsfeldern Wohnen und Verkehr. Unsere Initiativen fokussierten daher bisher auf diese beiden Bereiche.

### **1. Wohnen**

Im Bestand konnten wir erreichen, dass ein Förderkatalog „Wärme“ aufgelegt wurde, der Maßnahmen zum Wärmeschutz und zur Heizungserneuerung fördert<sup>2</sup>.

Im Neubau wurde unsere Forderung nach höchster Energieeffizienz regelmäßig von der Mehrheit abgeschmettert. Beim Verkauf gemeindeeigener Grundstücke (Hanauer Pfad in Büdesheim, Dresdener Straße<sup>3</sup> hinter der Feuerwehr in Kilianstädten) ebenso wie bei gemeindeeigenen Projekten wie dem Neubau der U3-Betreuung in Büdesheim. Das ist besonders ärgerlich, denn zu keinem Zeitpunkt lässt sich günstiger Energie sparen als im Neubau. 0815-Gebäude von heute sind die energetischen Sanierungsfälle von morgen.

Für die aktuelle Diskussion um neue Wohnbaugebiete haben wir die Forderung nach der Anwendung des Passivhausstandards erneut eingebracht und durch externe Expert\*innen in Ausschusssitzungen untermauert<sup>4</sup>.

### **Unsere Forderungen für die neue Wahlperiode:**

- Neubauten nur im Passivhausstandard und mit Nutzung der Sonnenenergie
- Förderung von energetischen Sanierungen

<sup>1</sup> Quelle: Gemeindevertretung vom Donnerstag, 25. Juni 2020, Ablehnung Klimanotstand durch CDU/FDP

<sup>2</sup> Quelle: Gemeindevertretung vom Donnerstag, 7. Februar 2019, TOP 7

<sup>3</sup> Quelle: Gemeindevertretung vom Donnerstag, 22. März 2018, Ablehnung Energieeffizienz Dresdener Straße

<sup>4</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 25. Juni 2020, TOP 25

## 2. Mobilität

Die Zeit ist reif! Viele Menschen merken, z.B. im morgendlichen Stau nach Bad Vilbel, dass ein Weiter so keine Chance auf Erfolg hat. Viele unserer Initiativen betreffen die Verkehrswende hin zu einer klimaneutralen, gesunden Mobilität mit weniger Staus, Lärm, Abgasen und Flächenversiegelung. Einige Teilerfolge konnten wir erzielen.

Ein Leuchtturm ist unser Konzept Radius 7 (**Radverkehr in und um Schöneck im Radius von 7 Kilometern**), das im zweiten Anlauf eine Mehrheit in der Gemeindevertretung erzielte (wieder gegen die Stimmen der FDP - bis auf eine Ausnahme - und der CDU) und für das in den laufenden Haushalten Mittel für die Umsetzung bereitgestellt wurden. An dem Radverkehrskonzept wird unter breiter Bürger\*innenbeteiligung bereits gearbeitet. Absurd ist dabei die Position der Schönecker CDU, die Fördermittel buchstäblich auf der Straße liegen lassen würde<sup>5</sup>, die deren Kolleg\*innen in der schwarz-grünen hessischen Landesregierung den Kommunen in Höhe von bis zu 70 Prozent bereitstellen. Der Vollständigkeit halber sei erwähnt, dass wir Grüne das Radfahren nicht allein erfunden haben und dass auf Initiative der FWG innerörtlich Fahrbahnmarkierungen erstellt und Wegweisungen erneuert werden.

Unser Anlauf zur Anschaffung von Elektrofahrrädern für die Verwaltung wurde für den Haushalt 2018/2019 zwar noch abgelehnt<sup>6</sup>. Auf Vorschlag der Verwaltung wurden dann aber im Haushalt 2020/2021 doch Mittel bewilligt und die Mitarbeiter\*innen und die Umwelt profitieren inzwischen von den Vorteilen, welche die Bikes auf den kurzen Strecken in unserer Gemarkung haben. Auf unsere Initiative hin wurde in der Frankfurter Straße auch das Radfahren entgegen der Einbahnrichtung freigegeben.

Neben der Schaffung und Verbesserung von Radwegen sind sichere und bequeme Abstellmöglichkeiten essenziell für die Akzeptanz des Fahrrads als Verkehrsmittel. Dies gilt sowohl für zuhause als auch für den öffentlichen Raum.

Seit 100 Jahren sorgt das politische Instrument zur Regelung der Abstellmöglichkeiten von Fahrzeugen - die Stellplatzsatzung - dafür, dass vor jeder Haustür genügend Auto-Parkplätze verfügbar sind. Für eine Verkehrswende müssen wir nun dafür sorgen, dass es selbstverständlich wird, dass Fahrräder direkt vor der Haustür sicher und geschützt abgestellt werden können, damit z.B. das schwere E-Bike nicht aus dem Keller nach oben gewuchtet werden muss. Auch hier scheiterte im Dezember 2018 zunächst unser Anlauf zur Modernisierung der Stellplatzsatzung, der zudem Lademöglichkeiten für Elektroautos vorsah<sup>7</sup>. Knapp ein Jahr später fand dann doch eine abgeschwächte Neufassung der Verwaltung Zustimmung im Parlament.<sup>8</sup>

Im öffentlichen Raum werden auf Grüne Initiative die Fahrradabstellanlagen am Bürgertreff und an der Nidderhalle auf unseren Antrag hin erweitert, erneuert und verbessert, so dass auch höherwertige Fahrräder dort sicher angeschlossen werden können<sup>9</sup>.

Gefordert hatten wir Ladestellen für Elektro-Fahrzeuge im öffentlichen Raum<sup>10</sup>. Die erste ist nun am U3-Neubau in Büdesheim installiert. Möglich gemacht hat es die Kooperation der Gemeinde mit dem Car-Sharing-Anbieter mobileeee, der im Rahmen des Geschäfts nicht nur ein E-Fahrzeug an die Gemeinde verleast, sondern in jedem Ortsteil auch eine E-Ladestelle zur Verfügung stellt. Darüber hinaus steht das Fahrzeug außerhalb der Dienstzeiten als Sharing-Fahrzeug bereit. Gut so! Allerdings beabsichtigt die Gemeinde, das

<sup>5</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Dienstag, 14. Mai 2019, TOP 7

<sup>6</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 14. Dezember 2017, Haushaltsantrag 22

<sup>7</sup> Quelle: Gemeindevertretung vom Donnerstag, 13. Dezember 2018, TOP 5

<sup>8</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Dienstag, 26. November 2019, TOP 6

<sup>9</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 13. Februar 2020, Haushaltsantrag No. 13

<sup>10</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 14. Dezember 2017, Haushaltsantrag No. 21

Fahrzeug nach der Mindest-Leasing-Dauer wieder abzumieten. Nicht gut, denn Car-Sharing benötigt Zeit und Verlässlichkeit.

Einigkeit herrscht im Parlament und auch in den Nachbarkommunen, gemäß einer gemeinsamen, gemeindeübergreifend abgestimmten Resolution darüber, dass die Niddertalbahn ausgebaut werden soll<sup>11</sup>. Die Ergebnisse einer Machbarkeitsstudie bestätigen, dass die Elektrifizierung sowie der zweigleisige Ausbau zwischen Büdesheim und Kilianstädten die Wirtschaftlichkeitskriterien erfüllen, die für eine Förderung durch den Bund vorausgesetzt werden. Eigene Mittel für die Planung vorsehen, wie von uns vorgeschlagen, wollte die Mehrheit im Parlament dann aber doch nicht<sup>12</sup>. So wird das nichts!

Bei den jetzigen und künftigen Planungen für Neubaugebiete sind die Mittel unserer Wahl: Car-Sharing, öffentlicher Nahverkehr, anmietbare Flexi-Stellplätze, Abstellräume für Fahrräder, Lastenräder, Kinderwagen & Co. Wir wollen Menschen eine Heimat geben, für die der Verzicht auf ein eigenes Auto ein Gewinn ist. Diese wollen wir nicht zwingen, zwei teure Stellplätze zu bauen, wenn sie kein eigenes Auto haben wollen. Damit leisten wir auch einen Beitrag zu kostengünstigem Wohnraum. Es profitieren die Neu-Bewohner\*innen, die Nachbarkommunen, die keinen zusätzlichen PKW-Verkehr verkraften müssen, und nicht zuletzt die alteingesessenen Schönecker\*innen, die keinen neuen PKW-Verkehr durch ihre Wohngebiete wollen und die die neue Infrastruktur, z.B. das Car-Sharing mit nutzen können. Unser Antrag dazu befindet sich noch „im Geschäftsgang“<sup>13</sup>.

Nur mäßig erfolgreich waren wir bisher bei der innerörtlichen Durchsetzung von Tempo 30. Wir erreichten lediglich ein nächtliches Tempolimit aus Lärmschutzgründen auf der Hauptstraße in Büdesheim, obwohl es auch tagsüber sinnvoll wäre, um zumindest entlang der Geschäfte zwischen Rathaus und Feuerwehr gefahrlos die Straße queren zu können. An Markttagen ist das aus unserer Sicht aus Sicherheitsgründen sogar ein Muss!

In Kilianstädten scheiterte Tempo 30 in der Frankfurter Straße daran, dass für die Sanierung zwischen Raiffeisenstraße und Büdesheimer Straße ansonsten ein erheblicher Landeszuschuss zurückbezahlt werden müsste. Die Büdesheimer Straße selbst ist tabu, weil es sich um eine Kreisstraße handelt. Hier endet leider der Handlungsspielraum der Kommunalpolitik, aber im Jahr 2021 ist ja auch Bundestagswahl ...

#### **Unsere Forderungen für die neue Wahlperiode:**

- Investitionen ins Radwegenetz zur Abarbeitung der Radius 7 Maßnahmen verstetigen durch Bereitstellung von jährlich 30 € pro Jahr und Einwohner<sup>14</sup>
- Fahrradbügel in den Ortszentren aufstellen
- E-Ladestellennetz im Ort ausbauen
- Ausbau der Niddertalbahn vorantreiben
- Alternative Mobilitätskonzepte basierend auf ÖPNV, Car-Sharing und Fahrrad für neue Wohngebiete etablieren
- Bundestagswahl: Prinzip der Straßenverkehrsordnung umkehren, so dass Tempo 30 innerorts zur Regelgeschwindigkeit wird und Ausnahmen davon genehmigt werden müssen

<sup>11</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Dienstag, 26. November 2019, TOP 16

<sup>12</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 13. Februar 2020, Haushaltsantrag No. 41

<sup>13</sup> Quelle: Antrag zu einer Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt, Verkehr, Energie und Klimaschutz. Dieser wurde, Stand 09.10.2020, noch nicht behandelt.

<sup>14</sup> 30 € pro Jahr und Einwohner entsprechen einer Empfehlung des ADFC: Für Schöneck wären das ca. 360 T€ incl. ca. 50% Landeszuschüsse, d.h. ca. 180 T€ eigene Mittel der Gemeinde

## II. Naturschutz

Immer wieder schwappt, auch parteiübergreifend, eine Welle der Empörung durch die Gemeinde, wenn im Ortsgebiet Bäume gefällt werden. Bäume prägen nicht nur das Ortsbild, sondern helfen in den immer heißeren Sommern dabei, das Mikroklima im Ort durch Schatten und Sauerstoffproduktion erträglich zu halten. Die Bäume zu schützen ist also eine unmittelbare Vor-Ort-Maßnahme zur Anpassung an die Erderwärmung. Bedauerlich und kaum nachvollziehbar ist daher, dass bisher jeder unserer Anläufe, eine Baumschutzsatzung zu erlassen, krachend gescheitert ist. Zuletzt im September 2020 mit nur 5 Ja- gegen 27 Nein-Stimmen<sup>15</sup>.

Die Erdüberhitzung wirkt nicht nur weit entfernt in brennenden Büschen, Steppen oder Wäldern in Australien, Sibirien oder Kalifornien. Nein, auch im Schönecker Wald, direkt vor unserer Haustür sind die Folgen unübersehbar, Bäume sterben aufgrund der Trockenheit ab. Der Einschlag durch die Forstwirtschaft wird dadurch bereits zu einem signifikanten Teil durch die Entnahme abgestorbener Bestände und durch Wegesicherungsmaßnahmen bestimmt. Erfreulich ist, dass auf Antrag der CDU Haushaltsmittel für eine Wiederaufforstung eingeplant wurden<sup>16</sup>. Sozusagen die Symptome werden gelindert. Das bleibt ein Trostpflaster, wenn man nichts gegen die Ursachen tut.

In Schönecks Wäldern finden sich Altbuchenbestände mit hohem Wert für die biologische Vielfalt, weshalb der Wald zwischen Kilianstädten und Büdesheim als Europäisches NATURA 2000-Schutzgebiet eingestuft ist. Seit Jahren kämpfen wir zudem dafür, das „Milanzentrum“ im Büdesheimer Buchwald aus der Holznutzung zu nehmen. Der Buchwald ist nach Einschätzung der staatlichen Vogelwarte und des Schönecker Vogelschutzvereins ein herausragendes Habitat für die geschützten Vögel. Als Teilerfolg wird nun leider nur vorübergehend auf einen Einschlag verzichtet. Wieder wurde damit aber die Chance vertan, Ökologie und Ökonomie zu vereinen.<sup>17</sup> Denn eine dauerhafte Stilllegung des 11,4 ha großen Bereichs würde mit Ökopunkten im Wert von mindestens 171.000 € belohnt. Laut Hessenforst werden bei der Waldbewirtschaftung im Durchschnitt pro Hektar und Jahr 116 € Überschuss erzielt, das wären 1.322 € pro Jahr für das Milanzentrum. Das heißt, die 11,4 ha müssten 129 Jahre lang bewirtschaftet werden, um den Gegenwert der bei Stilllegung gutgeschriebenen Ökopunkte zu realisieren.

Das EU weite Verbot des krebserregenden Pflanzengiftes Glyphosat wurde von der Bundesregierung verhindert. Wir Grüne wollten den Handlungsspielraum der Kommune ausnutzen und den Einsatz wenigstens auf gemeindeeigenen Äckern verbieten. Die Erklärung unserer Landwirte in einer Ausschusssitzung, dass das Mittel bei bedachter Anwendung harmlos sei, reichte aus, damit die anderen Fraktionen unseren Antrag ablehnten. Man stelle sich vor, welche\*r Landwirt\*in von sich sagen würde, sie\*er wende das Mittel unbedacht an ...<sup>18</sup>

Steinbachplatz - Widersprüchlicher können manche Entscheidungen der Gemeindevertretung kaum sein: Im Juni 2019 beschloss die Gemeindevertretung einstimmig die Auslobung eines Wettbewerbs „Schönecks blühende Gärten“ und forderte darin Schönecks Bürger\*innen dazu auf, „auf Steinbeete bzw. Steingärten zu verzichten“<sup>19</sup>. Und im November beschloss sie, die kleine Parkanlage an der Ecke Frankfurter Straße / Raiffeisenstraße zuzupflastern und fortan Steinbachplatz zu nennen – Name ist Programm. Vorbildfunktion? Fehlanzeige! Anstatt 70.000 € auszugeben, um im Ort besser mit der

<sup>15</sup> Quelle: Gemeindevertretung vom Donnerstag, 24. September 2020, TOP 5

<sup>16</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 13. Februar 2020, Haushaltsantrag No. 16

<sup>17</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 18. Oktober 2018, TOP 4

<sup>18</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Dienstag, 14. Mai 2019, TOP 8

<sup>19</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Montag, 17. Juni 2019, TOP 3

Erderwärmung umzugehen (Stichworte Versickerung und Abkühlung) wird genau das Gegenteil gemacht, diese Maßnahme ist vollkommen aus der Zeit gefallen. Mit unserem Widerstand waren wir aber (fast) allein<sup>20</sup>.

**Unsere Forderungen für die neue Wahlperiode:**

- Baumschutzsatzung erlassen
- Wald: Der Biotop- und Naturschutzfunktion des Waldes einen höheren Rang als der Holzproduktion geben; Schutz des Milanzentrums im Budesheimer Buchwald und der Altbuchenbestände durch dauerhaften Verzicht auf forstliche Nutzung (ausgenommen Verkehrssicherung); Naturverjüngung den Vorrang vor teuren Pflanzmaßnahmen geben und die natürliche genetische Vielfalt innerhalb der einzelnen Baumarten nutzen
- Naturschutzgebiete Nidderau ausweiten
- Glyphosatverbot auf gemeindeeigenen Äckern

<sup>20</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Dienstag, 26. November 2019, TOP 5

### III. Ressourceneffizienz

Kleinvieh macht eben auch Mist ... Unsere Anträge zur Ressourceneffizienz sind kleinteilig und retten sicherlich nicht die Welt. Selbst da tun sich die anderen Fraktionen jedoch mit der Zustimmung schwer.

Da Leitungswasser das meistgeprüfte Lebensmittel Deutschlands ist, hatten wir vorgeschlagen, im Zuständigkeitsbereich der Gemeinde künftig Leitungs- statt Mineralwasser auszuschenken. Eine Mehrheit in der Gemeindevertretung kam nicht zu Stande, die Vorurteile waren doch zu groß<sup>21</sup>.

Sie kennen es von Ihrer jährlichen Strom- und Gasrechnung: Auf einen Blick können Sie sehen, wie sich der Verbrauch gegenüber dem Vorjahr entwickelt hat und wie sparsam – oder eben auch nicht – Sie im Vergleich mit ähnlichen Haushalten sind und können dadurch ggf. gegensteuern. Unser Erfolg: Ab dem Jahr 2021 ist das in Schöneck auch beim Müll möglich, Sie sehen, wieviel Kilogramm Müll Sie in 2020 und zum Vergleich in 2019 entsorgt haben. Am Abwasser arbeiten wir noch<sup>22</sup>.

„Erfolgreich“ waren leider auch die Saubermänner und -frauen in Verwaltung und Gemeindevertretung in Sachen Sperrmüll. Weil es einigen unzumutbar erschien, dass zweimal im Jahr fremde Menschen (despektierlich „Mülltouristen“ genannt) in Transportern durch Schöneck fahren, um unsere Wohlstandshinterlassenschaften vor der Schrottpresse zu bewahren und weiter zu verwenden, werden Sperrmülltermine nun nicht mehr veröffentlicht. Für Bürger\*innen und Verwaltung hat sich dadurch der Aufwand durch die Terminsuche und Anmelderei erhöht. Für alle aber auch die Kosten für die Entsorgung des Sperrmülls. Anlässlich einer Neufassung der Abfallsatzung ist unser Änderungsantrag zur Rückkehr zur alten Praxis derzeit im Geschäftsgang.

#### **Unsere Forderungen für die neue Wahlperiode:**

- Ressourceneffizienz auch durch kleinteilige Maßnahmen erhöhen
- Müll vermeiden

<sup>21</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 3. Mai 2018, TOP 15

<sup>22</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Dienstag, 26. November 2019, TOP 3

## IV. Ortsentwicklung

Mit viel Mühe konnten wir im 3. Anlauf Erweiterungsmöglichkeiten der Kilianstädter Feuerwehr erhalten, indem bei der Bebauung des Areals hinter der Feuerwehr die rückwärtige Zufahrt erhalten bleibt. Das im Hang liegende Gerätehaus war beim Bau weitsichtig mit einem befahrbaren Dach ausgestattet worden, um eine spätere Erweiterung durch Aufstocken zu ermöglichen. Diese Option hätte der Entwurf der Verwaltung fast mutwillig verspielt<sup>23</sup>.

Zäh ist auch der Kampf um mehr Schutz vor Lärm. Seit 2016 haben wir das nächtliche Tempolimit in der Ortsdurchfahrt Büdesheim - aufgrund unseres Antrags aus dem Jahr 2013. Möglich wurde es schließlich durch die Regierungsbeteiligung in Wiesbaden<sup>24</sup>. Die Schließung des unbeschränkten Bahnübergangs hinter der Thylmann-Mühle, um das – auch nächtliche – Warn-Hupen überflüssig zu machen geht ebenfalls auf unseren Antrag zurück und steht kurz vor der Umsetzung<sup>25</sup>. Aktuell setzen wir uns für weitere Verbesserungen bei der Fa. Jung & Schmitt ein, wo das nächtliche Vorkühlen der LKW-Klimaaggregate für erhebliche Lärmemissionen sorgt<sup>26</sup>.

Hartnäckig verfolgen mussten wir unsere Initiative für mehr Barrierefreiheit im Schönecker Wegenetz. Aus dem einfachen Antrag für einen Grundsatzbeschluss, dass wenn ohnehin Straßen- oder Bürgersteigsanierungen anstehen, diese in Kreuzungsbereichen abgesenkt werden, resultierte auf Änderungsantrag der CDU zunächst eine Studie, um die Bedarfe für Absenkungen und die Kosten dafür zu ermitteln. Diese Studie wäre wohl in den Rathausschubladen verschwunden, hätten wir nicht zum Haushalt 2020/2021 beantragt, Mittel für die priorisierten Maßnahmen einzustellen, so dass diese nun sukzessive umgesetzt werden können.<sup>27</sup>

Vielfältig funktional - wie ein „Schweizer Taschenmesser“ - ist unser Vorschlag, für die Nidderau eine Flurbereinigung durchzuführen. Die vielfältigen Wirkungen: Eine Neuordnung der Flächen führt zur Verbesserung der Nidder-Wasserqualität sowie des Hochwasser- und Naturschutzes, außerdem lassen sich so Anfahrtswege für Schönecker Landwirt\*innen zu ihren Feldern und Wiesen reduzieren und das Wegenetz für Fußgänger\*innen und Radfahrer\*innen verbessern. Die Gemarkung der Gemeinde entspräche damit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie und könnte Synergien mit der bestehenden Initiative „Schönecker Rundweg“ und dem Radwegvorhaben „RadiuS7“ ausschöpfen. Zudem würde Schöneck an das bereits laufende Flurbereinigungsverfahren der Stadt Nidderau anschließen und eine naturnahe Entwicklung von Nidder und Nidderau großflächig ermöglichen. Unser Antrag aus dem August 2019 befindet sich noch im Geschäftsgang<sup>28</sup>.

<sup>23</sup> Quelle: Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt, Verkehr, Energie und Klimaschutz vom Donnerstag, 26. Oktober 2017, TOP 3

<sup>24</sup> Quelle: Sitzung des Ausschusses für Bauen, Umwelt, Verkehr, Energie und Klimaschutz (Wahlperiode 2011 - 2016) vom Montag, 13. Mai 2013, TOP 3

<sup>25</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 16. März 2017, TOP 14

<sup>26</sup> Quelle: Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom Dienstag, 21. April 2020, TOP 9

<sup>27</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 13. Februar 2020, Haushaltsantrag 8

<sup>28</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 29. August 2019, TOP 4

**Unsere Forderungen für die neue Wahlperiode:**

- Vermeidbaren Lärm weiter reduzieren
- Bürgersteige an Kreuzungspunkten absenken
- Flurbereinigung der Nidderau durchzuführen: Für besseren Natur- und Hochwasserschutz, kürzere Anfahrtswege für die Landwirtschaft und ein verbessertes Wegenetz
- Gestaltungssatzung für Nutzung erneuerbarer Energien öffnen
- Sichere Querungsmöglichkeiten für Fußgänger\*innen auf Schönecker Hauptstraßen schaffen
- Breitbandnetz ausbauen
- Nahversorgung in Oberdorfelden ausbauen

## V. Soziales

Bei der Kinderbetreuung hat sich in Schöneck in den letzten Jahren einiges entwickelt. Schulen haben über den Pakt für den Nachmittag den Weg zu Schulen mit Ganztagsangebot eingeschlagen. Es gibt einen bunten Mix aus gemeindlich, kirchlich oder frei getragenen Einrichtungen. Im Kindergartenbereich gibt es eine Waldgruppe, und es gibt insgesamt genügend Betreuungsplätze für Kinder aller Altersklassen. Seit 2018 ist, gefördert durch die schwarz-grüne Landesregierung, der Vormittagsbesuch für Kindergartenkinder kostenlos. Unser Antrag aber, die Gunst der Stunde zu nutzen und gleich auch die Nachmittagsgebühren zu erlassen, da das Volumen gering ist und die administrativen Abrechnungskosten in keinem guten Verhältnis zu den Gebühreneinnahmen stehen, fand keine Mehrheit<sup>29</sup>. Anders unterwegs war hier die CDU, die allen Ernstes eine „Organisationsuntersuchung mit dem Ziel der Ausgabenreduzierung in den Kindertagesstätten“ durchführen wollte. Glücklicherweise konnte sie vom Koalitionspartner SPD eingeehrt werden, das Vorhaben versandete<sup>30</sup>.

### **Unsere Forderungen für die neue Wahlperiode:**

- Pakt für den Nachmittag ausbauen
- Betreuungsvereine unterstützen
- Musikschule unterstützen
- Angebote für Senioren aufrechterhalten
- Angebote für Jugendliche erweitern
- Willkommenskultur stärken
- Vielfalt fördern
- Schüler\*innenbeförderung von Oberdorfelden nach Niederdorfelden organisieren
- Gleichstellung der Geschlechter fördern

<sup>29</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Dienstag, 14. Mai 2019, TOP 6

<sup>30</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 7. Februar 2019, TOP 4

## VI. Altes Schloss Büdesheim

Die ganze Diskussion spitzt sich letztlich auf die Frage zu, ob die Gemeinde das Schloss nun weiter besitzen muss oder nicht. Unsere Wettbewerber haben sich hier teils klar positioniert, teils hat man den Eindruck, dass – ohne klare Positionierung - die Empörungswelle weiter ausgenutzt werden soll, teils hat man den Eindruck, dass man das Thema bis nach der Kommunalwahl offen lassen möchte und mit weiteren Gutachten auf Zeit spielt. Nach der Vorlage des erweiterten Sanierungs-Gutachtens im November 2019, das einen unmittelbaren Sanierungsbedarf in Höhe von 1,5 Millionen Euro aufzeigte, hatten wir Grüne zuletzt als Kompromiss-Vorschlag eingebracht, nur das Schloss zu verkaufen, ohne eine Bebauung des Platzes zwischen Schloss und Sportlerheim. Dafür fanden wir keine Mehrheit<sup>31</sup>. Wir sind überzeugt: Neben der einmaligen Sanierung ist auch die dauerhafte Instandhaltung eines historischen Gebäudes eine teure Angelegenheit. Wohlhabende Privatleute, die gerne schön – und vielleicht auch prestigeträchtig - in einem Schloss wohnen wollen, lassen sich das gerne etwas kosten. Die Gemeinde kann sich das auf Dauer nicht leisten, denn dafür müsste an anderer Stelle Geld eingespart werden, das wir dringend für nachhaltige Projekte brauchen oder es müssen über Steuern zusätzliche Einnahmen generiert werden. Wie auch immer: Das Schloss ist natürlich wichtig, als DAS dominierende Thema der Kommunalpolitik in den zukünftigen Jahren sehen wir allerdings den Klimaschutz.

### **Unsere Forderung für die neue Wahlperiode:**

- Schloss verkaufen: Kompromissbereitschaft nur für eine andere Lösung, die das Schloss dauerhaft erhält, aber Kosten und finanzielle Risiken für die Gemeinde vermeidet

<sup>31</sup> Quelle: Sitzung der Gemeindevertretung vom Donnerstag, 13. Februar 2020, TOP 5